

Peter Collmer, Ekaterina Emeliantseva Koller,  
Jeronim Perović (Hg.)

# Zerfall und Neuordnung

Die »Wende« in Osteuropa  
von 1989/91

||||||| **OSTEUROPA IN GESCHICHTE UND GEGENWART** | **BAND 6** |||||||





# Osteuropa in Geschichte und Gegenwart

Band 6

Im Auftrag des Center for Eastern European Studies (CEES)  
herausgegeben von Tanja Penter, Jeronim Perović und Ulrich Schmid

Die neue Reihe *Osteuropa in Geschichte und Gegenwart* kommt einem wachsenden Bedürfnis nach profunder Analyse zu zeitgeschichtlichen und aktuellen Entwicklungen im östlichen Teil Europas nach. Osteuropa ist geographisch weit gefasst und umfasst einen Raum, der im Wesentlichen die sozialistischen Länder des ehemaligen »Ostblocks« einschließt, wobei Russland und die Staaten der ehemaligen Sowjetunion einen Schwerpunkt bilden sollen. Die Reihe ist interdisziplinär ausgerichtet. Historisch orientierte Arbeiten sollen ebenso einbezogen werden wie solche, die sich mit gegenwartsbezogenen politischen, gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Themen auseinandersetzen.

*Die Herausgeber*

Peter Collmer / Ekaterina Emeliantseva Koller /  
Jeronim Perović (Hg.)

# Zerfall und Neuordnung

Die »Wende« in Osteuropa von 1989/91

Böhlau Verlag Wien Köln Weimar

Gedruckt mit freundlicher Unterstützung des Historischen Seminars der Universität Zürich, des Rektorats der Universität Zürich sowie des Center for Eastern European Studies (CEES).

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:  
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <https://dnb.de> abrufbar.

© 2019 by Böhlau Verlag GmbH & Co. KG, Lindenstraße 14, D-50674 Köln  
Alle Rechte vorbehalten. Das Werk und seine Teile sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung in anderen als den gesetzlich zugelassenen Fällen bedarf der vorherigen schriftlichen Einwilligung des Verlages.

Umschlagabbildung: Moskau, 24. August 1991 – Beisetzung der drei jungen Männer, die bei der Verteidigung einer Barrikade am 21. d. M. von Panzern überrollt wurden. Der Trauerzug mit einer riesigen russischen Flagge. Foto (Wladimir Fedorenko) © akg-images/Sputnik

Korrektur: Anja Borkam, Jena  
Satz: SchwabScantechnik, Göttingen

**Vandenhoeck & Ruprecht Verlage | [www.vandenhoeck-ruprecht-verlage.com](http://www.vandenhoeck-ruprecht-verlage.com)**

ISBN 978-3-412-51718-2

*Nada Boškowska zum 60. Geburtstag*



## Inhalt

Zerfall und Neuordnung. Osteuropa und das Phänomen der »Wende« von 1989/91 .....	9
Peter Collmer, Ekaterina Emeliantseva Koller, Jeronim Perović	
Wende und Struktur. Betrachtungen zu zwei Grundphänomenen der historischen Entwicklung im Osten Europas .....	17
Carsten Goehrke	
Niedergang und Fall des Kommunismus in Ostmitteleuropa. Zu den globalhistorischen Aspekten der »friedlichen Revolutionen« ...	59
Pavel Kolář	
Die »Wende« als »Verrat«. Russland, die Nato-Osterweiterung und das Scheitern der europäischen Sicherheitsordnung .....	75
Jeronim Perović	
Gibt es ein Fortleben von Sowjetismen im heutigen politischen Diskurs Russlands? .....	103
Daniel Weiss	
Der Runde Tisch in Polen – dreißig Jahre danach .....	127
Peter Collmer	
»Krik protiv zla«. Titos Geschichtspolitik und der Zerfall Jugoslawiens, oder Wie eine Künstlergruppe Jugoslawien retten wollte .....	149
Nataša Mišković	
Von der »Rückkehr« in die Mitte Europas zur Rhetorik der Entflechtung. Der Wandel und die Neuordnung der Koordinaten ungarischer Geschichtspolitik seit 1989 .....	177
Julia Richers	



---

Der dramaturgische Kern der rumänischen »Telerevolution« von 1989 Ulrich Schmid	213
Staatsverfall, Zivilgesellschaft und Zwangsarbeiterentschädigung in der Sowjetukraine .....	229
Carmen Scheide	
Igel mit Phantomschmerzen. Die »Wende« 1989 und die Schweiz .....	251
Christian Koller	
Verzeichnis der Autorinnen und Autoren .....	285

## Zerfall und Neuordnung

### Osteuropa und das Phänomen der »Wende« von 1989/91

Peter Collmer, Ekaterina Emeliantseva Koller, Jeronim Perović

Michail Gorbatschew sprach schon 1984, noch vor seinem Amtsantritt als Generalsekretär der KPdSU, von Europa als »unserem gemeinsamen Haus«.<sup>1</sup> Dieses Bild, das er später immer wieder verwendete, implizierte für ihn nicht etwa das Ende des Staatssozialismus, wohl aber das Ende der Blockkonfrontation.<sup>2</sup> Doch dreißig Jahre nach dem Fall der Mauer und dem Zusammenbruch des Sowjetsystems ist Europa weiterhin gespalten. War es zuvor der »Eiserne Vorhang«, der die Konfrontation zwischen Ost und West markierte, ist das Geflecht politischer Demarkationslinien inzwischen komplexer geworden. Die Gräben verlaufen nicht mehr nur zwischen einem russisch dominierten »Osten« und dem übrigen Europa, sondern auch quer durch die Europäische Union. Dabei machen sie sich gerade auch zwischen den alten und den neuen Mitgliedstaaten der EU bemerkbar. Denn die ehemals sozialistischen Länder Osteuropas starteten ihren Transformationsprozess nicht an einem Nullpunkt, sondern auf der Grundlage unterschiedlicher historischer Erfahrungen und struktureller bzw. institutioneller Voraussetzungen.

Entsprechend divers verliefen die Entwicklungen in den Jahren und Jahrzehnten nach der »Wende« von 1989/91. Die Nachwirkungen des kommunistischen Erbes, die spezifischen Ausprägungen nationalistischer Strömungen, der Verlauf und die Auswirkungen marktwirtschaftlicher Reformen, der jeweilige Grad von Korruption und Misswirtschaft – all dies hatte einen Einfluss darauf, wie sich der Wandlungsprozess in den einzelnen Ländern entwickelte und wie das demokratisch-liberale Experiment von der Gesellschaft wahrgenommen wurde. Alle Akteure hatten hohe und gleichzeitig sehr unterschiedliche Erwartungen, so dass Enttäuschungen vorprogrammiert waren. Und es

- 
- 1 Dies anlässlich einer Rede vor dem Sonderausschuss für Auswärtige Angelegenheiten des Britischen Unterhauses, vgl. Excerpts from Gorbachev's Speech, in: The New York Times, 19.12.1984, S. 7, <https://www.nytimes.com/1984/12/19/world/excerpts-from-speech-by-gorbachev.html> [17.09.2019].
  - 2 GORBATSCHOW, MICHAEL: Perestroika. Die zweite russische Revolution. Eine neue Politik für Europa und die Welt, München 1987, S. 252–259. Dazu auch: REY, MARIE-PIERRE: »Europe is our Common Home«. A Study of Gorbachev's Diplomatic Concept, in: Cold War History 4 (2004) 2, S. 33–65.

waren nicht zuletzt diese enttäuschten Hoffnungen und die Erfahrung der Desillusion, die den politischen Diskurs nach 1989 prägten und in späteren Jahren nationalistischen oder auch populistischen Parolen Erfolg bescherten.

Die weitgehend friedlichen Massenbewegungen, Verhandlungen und politischen Erosionen, die im November 1989 in den Fall der Berliner Mauer mündeten, hatten eine profunde Krise jenes Systems offenbart, das sich als Gegenpol zum politischen und ökonomischen Modell des Westens verstand. Umso mehr wurde die »Wende« als ein Prozess wahrgenommen, der den Menschen Freiheit, Demokratie und Wohlstand bringen und die Integration der osteuropäischen Gesellschaften in die westliche Welt ermöglichen sollte.

In der Geschichtswissenschaft wird die Frage, wie die osteuropäische Transformation zu bewerten ist, kontrovers diskutiert. Für den US-amerikanischen Historiker Charles S. Maier steht der Umbruch von 1989/91 in der Entwicklungslinie technologischer, ökonomischer, sozialer und kultureller Herausforderungen, mit denen die westliche Welt schon seit Jahrzehnten konfrontiert war. In der Krise des sozialistischen »Ostblocks« sieht er demnach nur eine weitere historische Phase der gesamteuropäischen Transformation spätindustrieller Gesellschaften.<sup>3</sup>

In einer solchen Sichtweise fügt sich die »Wende« in globalhistorische Zusammenhänge ein.<sup>4</sup> Daran anschließend werden als Deutungsrahmen häufig Modernisierungstheorien bemüht, die teleologisch auf das westliche Entwicklungsmodell ausgerichtet sind und dem europäischen Osten eine notorische Rückständigkeit attestieren. Die osteuropäische »Wende« wäre demnach kein einzigartiger historischer Prozess, sondern ein weiterer Versuch osteuropäischer Gesellschaften, zum Westen aufzuschließen. Doch auch jenseits solcher fragwürdiger Verkürzungen lässt sich die »Wende« im Osten Europas als Teil einer globalen Transformation spät- und postindustrieller Gesellschaften begreifen. Den Zeitgenossen erschienen die Ereignisse von 1989/91 jedenfalls als

3 MAIER, CHARLES S.: Two Sorts of Crisis? The »Long« 1970s in the West and the East, in: Hans Günter Hockerts (Hg.): Koordinaten deutscher Geschichte in der Epoche des Ost-West-Konflikts, München 2004, S. 49–62; DERS.: Thirty Years After: The End of European Communism in Historical Perspective, in: Juliane Fürst/Silvio Pons/Mark Selden (Hg.): Endgames? Late Communism in Global Perspective, 1968 to the Present (The Cambridge History of Communism, Vol. 3), Cambridge 2017, S. 600–621.

4 LAWSON, GEORGE/ARMBRUSTER, CHRIS/COX, MICHAEL (Hg.): The Global 1989. Continuity and Change in World Politics, Cambridge 2010; JACQUES RUPNIK (Hg.): 1989 as a Political World Event. Democracy, Europe and the New International System in the Age of Globalization, London 2012; ENGEL, ULF et al. (Hg.): 1989 in a Global Perspective, Leipzig 2015; MARK, JAMES et al. (Hg.): 1989. A Global History of Eastern Europe, Cambridge 2019.

Ausdruck eines Triumphes neoliberaler Modelle und westlich-demokratischer Weltanschauungen. Osteuropa wurde zu einer Arena für marktwirtschaftliche Experimente und demokratische Initiativen. Gleichzeitig verlieh der Fall des »Eisernen Vorhangs« der Debatte über die europäische Idee und die Grenzen Europas neuen Schwung.<sup>5</sup>

Die Euphorie des Umbruchs, die Vielfalt an Entwicklungsrezepten und das gleichzeitige Fehlen von Erfahrungen mit ihrer Anwendung machten es schwierig, die Tauglichkeit von Privatisierungsprogrammen, Deregulierungsoffensiven und anderen Maßnahmen für die Realität postsozialistischer Gesellschaften genau zu erfassen. Und obwohl sich bald zeigte, dass die oft im Schnelltempo durchgeführten Reformen nicht auf die Bedingungen von ehemaligen Planökonomien und staatssozialistischen Systemen gemünzt waren, dass sie vorübergehend zu großer Arbeitslosigkeit, zu einer beispiellosen Umverteilung von Vermögen und zu einem Einbruch des Bruttoinlandprodukts führten, stießen sie doch auf eine große Akzeptanz unter den Eliten, von denen sich viele einem neoliberalen Konsens verschrieben hatten. Dieser wurde auch von weiten Teilen der übrigen Gesellschaft mitgetragen, so dass es bei allen sozialen Härten in den 1990er Jahren zu keinen großen Protestwellen gegen die von oben eingeleiteten Maßnahmen kam.<sup>6</sup> Die Auflösung bestehender Ordnungs- und Sinnzusammenhänge wurde von den Menschen allerdings unterschiedlich wahrgenommen, was sich in spezifischen Krisendiskursen ablesen lässt.<sup>7</sup>

Neoliberale Ideen spielten gerade in jenen Ländern Ostmitteleuropas eine bedeutende Rolle, in denen oppositionelle Kräfte bereits in den 1980er Jahren nach alternativen Modellen Ausschau gehalten und die Politik Margaret Thatchers oder Ronald Reagans bewundert hatten. Dies trifft etwa auf die Tschechoslowakei bzw. Tschechien zu, wo Premierminister Václav Klaus während der 1990er Jahre zu einem zentralen Protagonisten von Privatisierung und Marktwirtschaft wurde. Im polnischen Danzig hatten sich bereits in den 1980er Jahren liberale Kräfte formiert, deren Mitglieder – darunter der nachmalige Ministerpräsident Donald Tusk – später maßgeblich für die schnelle Pri-

5 MARK, JAMES/RUPPRECHT, TOBIAS: Europe's »1989« in Global Context, in: Fürst/Pons/Selden (Hg.): Endgames?, S. 224–249.

6 KOVÁCS, JÁNOS MÁTYÁS/ZENTAI, VIOLETTA (Hg.): Capitalism from Outside? Economic Cultures in Eastern Europe after 1989, Budapest 2012; THER, PHILIPP: Die neue Ordnung auf dem alten Kontinent. Eine Geschichte des neoliberalen Europa, Berlin 2015; ДРАГОКОУПИЛ, ЯН: Globalization and the State in Central and Eastern Europe. The Politics of Foreign Direct Investment, London 1997.

7 Zum Fallbeispiel Moskau: SHEVCHENKO, OLGA: Crisis and the Everyday in Postsocialist Moscow, Bloomington 2009.

vatisierung verantwortlich waren.<sup>8</sup> In Bulgarien oder Rumänien hielt der Neoliberalismus langsamer Einzug.<sup>9</sup> Trotz der Öffnung Rumäniens für westliche Technologieimporte ab den späten 1960er Jahren dominierte die aus den Reihen der alten Parteionomenklatura stammende Elite die Richtung der Reformen auch in der ersten Regierung nach der »Wende« bis in die frühen 1990er Jahre hinein; in Bulgarien gar bis 1997. Radikale Proteste gegen wilde Privatisierungen, gegen die neuen, offen zur Schau gestellten sozialen Ungleichheiten oder gegen die weggefallene soziale Absicherung blieben jedoch auch in diesen Ländern aus. Der Glaube an den längerfristigen Erfolg des Marktkapitalismus und der Westernisierung erwies sich stärker als sozialistische Werte, die auf sozialer Gleichheit und staatlich garantierter Sicherheit basierten.<sup>10</sup>

Als Francis Fukuyama Anfang der 1990er Jahre das »Ende der Geschichte« verkündete, ahnte kaum jemand, dass das von ihm propagierte Modell – eine auf Demokratie und neoliberalen Ideen beruhende sozioökonomische Ordnung – nur wenige Jahre später von einer weltweiten Krise erfasst werden sollte.<sup>11</sup> Im Kontext der »Wende« schien dieses Modell noch das einzig zukunftssträchtige zu sein. Und obwohl die Kriege im zerfallenden Jugoslawien oder die autoritären Tendenzen, die sich bereits ab Mitte der 1990er Jahre in Russland manifestierten, problematische Seiten des Umbruchs vor Augen führten, schien sich die Welt für viele doch in eine einzige Richtung zu entwickeln: die westliche. Die Kriege und Konflikte an den Rändern Europas wurden dabei als Anomalie und Auswuchs archaischer Überbleibsel aus einer früheren Zeit angesehen.

Tatsächlich verlief die osteuropäische Transformation insgesamt bemerkenswert gewaltfrei. Auch starke oppositionelle Bewegungen wie die polnische *Solidarność* setzten auf einen stufenweisen Übergang und zeigten sich offen für Kompromisse und für eine Verständigung mit den alten Eliten, ohne deren Mitwirken eine plausible Lösung für die verfahrenere Situation kaum zu finden war. So wurden Kommunisten etwa in Polen und Ungarn zu Mitbegründern demokratischer Ordnungen. Dass es überhaupt so weit kam, verdankt sich aber vor allem der Zivilcourage der Menschen. Entscheidend waren Massen-

8 EYAL, GIL: *The Origins of Post-Communist Elites. From the Prague Spring to the Breakup of Czechoslovakia*, Minneapolis 2003; KOCHANOWICZ, JACEK: *Have Polish Economists Noticed New Institutionalism?*, in: Kovács/Zentai (Hg.): *Capitalism from Outside?*, S. 203–222.

9 GANEV, VENELIN I.: *Preying on the State. The Transformation of Bulgaria After 1989*, Ithaca 2007; BAN, CORNEL: *Sovereign Debt, Austerity, and Regime Change. The Case of Nicolae Ceaușescu's Romania*, in: *East European Politics and Societies* 24 (2012) 2, S. 743–776.

10 Zur »Westernisierung« vgl. BREN, PAULINA/NEUBERGER, MARY (Hg.): *Communism Unwrapped. Consumption in Cold War Eastern Europe and the Soviet Union*, Pittsburgh 2010.

11 FUKUYAMA, FRANCIS: *The End of History and the Last Man*, New York 1992.

proteste wie die Leipziger Montagsdemonstrationen, die Großversammlungen auf dem Wenzelsplatz oder die Aktionen verschiedener Menschenrechtsgruppen, die pazifistische, religiöse oder ökologische Bewegungen umfassten. Künstlergruppen wie die »Orange Alternative« der Breslauer Kunststudierenden zogen mit ihren ironischen Performances die herrschende Macht ins Lächerliche und inspirierten zur Nachahmung. In Budapest putzte eine Gruppe von Arbeitern am 7. November 1988, dem Jahrestag der Oktoberrevolution, demonstrativ den öffentlichen Raum; sie hatten sich buchstäblich der sozialistischen Arbeitsmoral verpflichtet und den Feiertag zum Arbeitstag erklärt.<sup>12</sup>

Das Ende des Staatssozialismus ging einher mit dem Ende des letzten europäischen Imperiums: der Sowjetunion. Als sich der sowjetische Einfluss auf den »Ostblock« unter Michail Gorbatschew abschwächte, erweiterten sich nicht nur die Spielräume für oppositionelle Kräfte in den Ländern Ostmitteleuropas. Auch in den sowjetischen Unionsrepubliken wurden die Forderungen nach Unabhängigkeit und nationaler Selbstbestimmung lauter. Die Entwicklungen in Ostmitteleuropa ermutigten insbesondere freiheitlich-nationalistische Bewegungen in den westlichen und südlichen Regionen der Sowjetunion – in den baltischen Republiken, in Moldawien, in der Ukraine, in Georgien und Armenien. Namentlich in den östlichen Teilen des sowjetischen Imperiums führte die Dynamik der »Wende« aber auch zu einer Zementierung alter Machtverhältnisse. In den zentralasiatischen Republiken etwa versuchte die Elite dem drohenden Kontrollverlust mit einer von oben verordneten Unabhängigkeit zu begegnen. In diesen ehemaligen Sowjetrepubliken oder auch in Aserbaidschan ließ sich eine erstaunliche Elitenkontinuität beobachten, während der Zerfall der Sowjetunion sogar in Russland zu einer neuen Zusammensetzung der herrschenden Kreise führte.

Gorbatschew wollte mit seiner Reformpolitik nicht den Staatssozialismus in Frage stellen. Ein radikaler »Umbau« (*perestrojka*) und eine Politik der »Transparenz« (*glasnost*) sollten dem Sozialismus vielmehr zu neuem Schwung verhelfen und die föderalen Beziehungen innerhalb der Sowjetunion und des »Ostblocks« auf eine neue Basis stellen. Das Ziel bestand darin, die gesellschaftlichen Kräfte für einen »Sozialismus mit menschlichem Antlitz« zu mobilisieren.<sup>13</sup> Allerdings beförderte diese Politik auch zentrifugale Kräfte, die schließlich nicht mehr zu bändigen waren. Nur wenige glaubten Ende der 1980er Jahre noch daran, dass sich der Sozialismus als Staatsform reformieren ließ. Entscheidend

12 KENNEY, PADRAIC: A Carnival of Revolution. Central Europe 1989, Princeton 2002.

13 KOTKIN, STEPHEN: Armageddon Averted. The Soviet Collapse 1970–2000, New York 2008; GORBATSCHOW, MICHAEL: Erinnerungen, Berlin 1995.

war, dass auch russische Oppositionelle um Boris El'cin im Machtkampf mit dem sowjetischen Zentrum auf (russischen) Nationalismus und Antikommunismus setzten. Damit sprachen sie der herrschenden Ordnung jegliche Legitimation ab und beschleunigten letztlich den Zerfall des ganzen Systems.

\*\*\*\*

Der 30. Jahrestag der »Wende« ist Anlass zurückzuschauen und zu bilanzieren. Im vorliegenden Buch gehen wir der Frage nach, wie der Zerfall der alten und der Aufbau einer neuen Ordnung in Osteuropa aus heutiger Perspektive konzeptualisiert und historisch verortet werden können. Das Phänomen der »Wende« von 1989 (Ostmitteleuropa) bzw. 1991 (Sowjetunion) wird in seiner ganzen Bandbreite thematisiert – als Untergang, Zerfall und Transformation, im lokalen, regionalen, nationalen und globalen Kontext. Im Mittelpunkt stehen Fragen nach Kontinuitäten und Brüchen. Darüber hinaus fragen die Autorinnen und Autoren danach, wie die »Wende« gedeutet wird und in welche Narrative die Ereignisse von 1989/91 von Geschichtswissenschaft, Geschichtspolitik und Erinnerungskultur in den verschiedenen Ländern eingebettet wurden und werden.

Den Anfang macht Carsten Goehrke, der sich mit dem Zusammenhang von »Wende« und »Struktur« in der historischen Entwicklung Osteuropas auseinandersetzt. In einer breitangelegten Tour d'Horizon betrachtet er vier Fallbeispiele (Russland, Ungarn, Polen, baltische Staaten) und analysiert Gemeinsamkeiten und Unterschiede im osteuropäischen Transformationsprozess. Pavel Kolář bietet mit seinem Beitrag zum Niedergang und Fall des Kommunismus einen Überblick über die Charakteristika der »friedlichen Revolutionen« in Ostmitteleuropa und stellt diese in globalhistorische Bezüge. Jeronim Perović behandelt in seinem Beitrag die »Wende« als Gegenstand einer vor allem zwischen Russland und dem Westen kontrovers geführten Auseinandersetzung um Fehlwahrnehmungen und unerfüllte Erwartungen bezüglich des Aufbaus einer neuen europäischen Sicherheitsordnung, die nach dem Ende der Ost-West-Konfrontation hätte entstehen sollen. Den linguistischen Dimensionen der »Wende« widmet sich Daniel Weiss. Er fragt in seinem Beitrag danach, inwiefern sich im öffentlichen Diskurs Russlands auch nach dem Umbruch sprachliche Überbleibsel aus der Sowjetzeit finden lassen.

In den nachfolgenden Beiträgen stehen jeweils einzelne Länder im Zentrum: Peter Collmer befasst sich mit der Frage, wie sich die Wahrnehmung und Beurteilung des Runden Tisches, eines der wichtigsten Symbole der »Wende«,

seit 1989 verändert haben. Nataša Mišković richtet den Blick auf Jugoslawien und zeichnet die Bemühungen der jugoslawischen Führung nach, mit einem einheitlichen Geschichtsbild den desintegrativen Kräften im Vielvölkerstaat entgegenzuwirken. Julia Richers zeigt, wie sich in Ungarn unter der Führung von Viktor Orbán das Verhältnis zur eigenen Geschichte verändert hat. Ulrich Schmid analysiert am Beispiel der blutig verlaufenen rumänischen Revolution Stabilitäts- und Zusammenbruchsbedingungen von autoritären Machtstrukturen. Carmen Scheide befasst sich mit der Ukraine und fragt nach der Bedeutung von Geschichte und Erinnerung für die schwierig verlaufenden Staats- und Nationsbildungsprozesse nach dem Zerfall der Sowjetunion. Schließlich dreht Christian Koller im letzten Beitrag die Perspektive um: Er untersucht die Bedeutung der Ereignisse von 1989 für den Westen, genauer gesagt für die Schweiz, und verdeutlicht die fundamentale Verunsicherung, welche die »Wende« auch hierzulande auslöste.

\*\*\*\*

Die Autorinnen und Autoren widmen dieses Buch Nada Boškovska zum 60. Geburtstag. Sie gratulieren der Jubilarin, in deren Forschungsbiografie die Transformation Osteuropas seit den 1980er Jahren eine zentrale Rolle spielt, und wünschen ihr alles Gute.

Zürich, im September 2019





## Wende und Struktur

### Betrachtungen zu zwei Grundphänomenen der historischen Entwicklung im Osten Europas

Carsten Goehrke

»Wende«,<sup>1</sup> »Wendezeit«,<sup>2</sup> »Zeitenwende«,<sup>3</sup> »Schicksalsjahre«,<sup>4</sup> »Schlüsseljahre«<sup>5</sup> – das sind Begriffe, derer man sich zu bedienen pflegt, wenn der gemächlich dahintreibende Strom der Geschichte plötzlich nicht nur zu strudeln beginnt und neue historische Konstellationen an die Oberfläche trägt, sondern sogar abrupt seine Richtung zu ändern scheint. Demgegenüber sind Strukturen, die den historischen Prozess prägen, an seiner Oberfläche nicht sichtbar. Zudem sind sie abstrakter Natur. Wahrnehmbar werden sie erst auf der Zeitachse, und auch nur, wenn man mit spezifischen Fragestellungen nach ihnen schürft. Wende und Struktur erscheinen innerhalb der historischen Entwicklung also als Gegenpole. Aber es gibt ein Phänomen, das beide Pole miteinander verbindet: die sichtbaren Veränderungen, die ein historischer Prozess durchläuft. Von der Wende unterscheiden sie sich insofern, als sie nicht plötzlich auftreten, sondern über eine längere Zeitstrecke verlaufen. Mit den Strukturen verbindet sie, dass sie gerade diese ganz oder teilweise allmählich in neue Strukturen transformieren.

In diesem meinem Essay soll es aber nur um die beiden Gegenpole Wende und Struktur gehen. Mich interessiert dabei die Frage, inwieweit als Wendepunkte wahrgenommene Momente des historischen Prozesses Strukturen nicht nur zeitweise überlagern, sondern auch mehr oder minder zu ändern vermögen. Dabei ist mir bewusst, dass man Strukturhistorikern in unserer Zunft mit einer gewissen Zurückhaltung begegnet. Man wirft ihnen vor, die historische Entwicklung zu vereinfachen, auf wenige tragende Elemente herunterzubrechen und deterministisch zu deuten. Diese Diskrepanz innerhalb der Historikerschaft

- 
- 1 KRAUZE-OLEJNICZAK, ALICJA/PIONTEK, SLAWOMIR (Hg.): Die »Wende« von 1989 und ihre Spuren in den Literaturen Mittelosteuropas, Frankfurt a. M. 2017.
  - 2 CAPRA, FRITJOF: Wendezeit. Bausteine für ein neues Weltbild, Bern 1983.
  - 3 CANFORA, LUCIANO: Zeitenwende 1956. Entstalinisierung, Suez-Krise, Ungarn-Aufstand, Köln 2012; THUN, NYOTA: Zeitenwende. Die Oktoberrevolution im Spiegel der frühen sowjetischen Prosa, Berlin (Ost) 1987.
  - 4 LAUTERBACH, REINHARD: Das lange Sterben der Sowjetunion. Schicksalsjahre 1985–1999, Berlin 2016.
  - 5 STADELMANN, MATTHIAS/ANTIPOW, LILIA (Hg.): Schlüsseljahre. Zentrale Konstellationen der mittel- und osteuropäischen Geschichte. Festschrift für Helmut Altrichter zum 65. Geburtstag, Stuttgart 2011.

hängt auch damit zusammen, dass historisch gewachsene Strukturen sich erst im Längsschnitt erschließen und nur aus dieser Perspektive heraus die Frage beantwortet werden kann, wie ein als Wende wahrgenommenes Momentum der Geschichte Strukturen tatsächlich verwandelt hat. Historische Längsschnittforschung ist heutzutage aber leider eher rar geworden.

Meine Fragestellung möchte ich am Zusammenbruch des Sowjetsystems in den Jahren 1989 bis 1991 festmachen, und zwar an vier Beispielen: Russland, Polen, Ungarn und den baltischen Republiken. Dabei sehe ich mich jedoch genötigt, aus Platzgründen die komplexe historische Entwicklung holzschnittartig auf das für meine Fragestellung Wesentlichste zu reduzieren.<sup>6</sup>

## Russland

Wenn etwas in der Geschichte den Prototypen einer Wende markiert, dann die Oktoberrevolution von 1917 bzw. die Machtergreifung und Machtsicherung durch die Bolševiki in den Jahren 1917 bis 1921. Damals und in den unmittelbaren Folgejahren wurde alles, was das Zarenreich ausmachte, buchstäblich auf den Kopf gestellt. Die herrschende Elite wurde völlig ausgetauscht, eine beispiellose soziale Mobilität setzte ein, das bestehende Wirtschaftssystem wurde in sein Gegenteil verkehrt, eine neue Ideologie und neue Werte erschienen auf der staatlichen Agenda.

Doch schon unter Lenin meldeten sich unter dem Wust des Neuen bekannte Strukturmerkmale der Zarenzeit wieder zurück: die Angst der Staatsführung vor Kontrollverlust, die Monopolisierung der Macht in den Händen einiger weniger, der Zentralismus unter der föderativen Oberfläche des Staates und die Ausschaltung politischer Konkurrenz. Unter Stalin beschleunigte sich diese Entwicklung. Die letzten verbliebenen Freiräume in Wirtschaft, Medien, Kunst und Kultur verschwanden. Was sich seit den 1930er Jahren entwickelte, war ein Hybrid aus Neuem und Altem. Da waren einerseits erkennbare Brüche mit der Vergangenheit und historisch relevante Neuansätze: Die Sowjetmacht stützte sich auf zuvor unterprivilegierte soziale Schichten. Die Gesellschaft wurde durchlässiger. Eine innovative, zielgerichtete Wirtschaftsstrategie vermochte unter Anwendung von Gewalt Russland von einem noch stark agrarisch geprägten Schwellenland in einen Industriestaat umzuwandeln. Männer und

---

6 Für kritische Lektüre und weiterführende Hinweise zu diesem Beitrag habe ich Peter Collmer zu danken.

Frauen wurden gleichgestellt. Der Analphabetismus verschwand, eine Bildungsoffensive begann die gesamte Bevölkerung zu erfassen. Auch für ein unentgeltliches, wenngleich bescheidenes Gesundheitswesen entstanden die Grundlagen.

Auf der anderen Seite traten aber mehr und mehr weitere Strukturmerkmale an die Oberfläche, die schon die Zarenzeit geprägt hatten: eine stärker noch als zuvor auf den Staat fixierte Gesellschaft; die egalitaristische Mentalität des russischen Bauerntums, die mit der forcierten Industrialisierung auch die Arbeiterschaft erfasste. Die Ideologie des Marxismus-Leninismus, die der Masse der Bevölkerung fremd geblieben war, wurde durch das Ideologem des Sowjetpatriotismus ersetzt, dessen Kern eines altvertrauten russischen Nationalismus den Menschen leichter zu vermitteln war. Für die immer noch größtenteils bäuerlich geprägte Bevölkerung trat an die Stelle der patriarchalen Fixierung auf das »Väterchen Zar« das Vertrauen auf »Väterchen Stalin« – endgültig nach dem verlustreichen, aber glorreichen Sieg über Hitler-Deutschland 1945. Das Ziel einer Weltrevolution und der proletarische Internationalismus traten zurück hinter dem Streben nach nationaler Größe und internationalem Ansehen, und die Sowjetarmee legte sich sogar die Uniformen und Rangbezeichnungen der Zarenzeit wieder zu.

Unter Nikita Chrusčëv begann sich die Diktatur der Macht zu lockern. Die Führung war nunmehr bemüht, den Lebensstandard der Bevölkerung spürbar zu verbessern. In den 1960er Jahren formierten sich vor allem in Moskau und Leningrad auf breiterer Basis Ansätze einer parteiunabhängigen Zivilgesellschaft, und seit dem Beitritt der Sowjetunion zum Abkommen von Helsinki (1975) wagten sich sogar erste politische Dissidenten an die Öffentlichkeit. Sowjetische Weltraumtechnologie wetteiferte erfolgreich mit derjenigen der Vereinigten Staaten von Amerika und zeugte damit von den enormen Fortschritten, die das Land in der naturwissenschaftlichen Bildung und im Ingenieurwesen gemacht hatte. Doch dieser Aufbruch der 1960er und 1970er Jahre stieß zunehmend an seine Grenzen, weil er die überkommenen wie die neu entstandenen Strukturen gleichermaßen überforderte. Wie schon zur Zarenzeit exportierte die Sowjetunion immer noch vorwiegend Rohstoffe, nur anstelle von Getreide nunmehr Rohöl. Außer bei Rüstungsgütern war die verarbeitende Industrie international nicht wettbewerbsfähig. Daher flossen weniger ausländische Devisen ins Land, als man gebraucht hätte. Die Ineffizienz der Planwirtschaft, immense Kosten für Rüstung und Weltraumtechnik sowie die hohen Rentenleistungen, die auf dem Staat lasteten, ließen immer weniger Spielräume, um die Erwartungen der Bevölkerung auf weitere Steigerungen des Lebensstandards befriedigen zu können. Schließlich diskreditierte sich die vergreisende Staats- und Parteiführung

durch ihre zunehmende Immobilität selber und in Partei wie Öffentlichkeit wuchs seit Beginn der 1980er Jahre der Druck, einen neuen Aufbruch zu wagen.

Der neue Mann, dem die reformwilligen Kräfte innerhalb der KPdSU diesen Aufbruch 1985 zutrauten, Michail Gorbačëv, war tatsächlich ein Angehöriger der vergleichsweise »jungen« Funktionärsgeneration. Als Ziel schwebte ihm vor, durch systemimmanente Reformen die Erwartungen der Bevölkerung zu befriedigen und damit die Position der Partei wieder zu festigen. Um aber zunächst überhaupt Reformen durchführen zu können, versuchte er die Öffentlichkeit durch die Propagierung von politischer »Transparenz« (*glasnost*) und »Umbau« (*perestrojka*) für sich zu gewinnen. Erst 1987 verfügte er über die nötige Machtbasis, um sein wichtigstes Ziel, die Effizienz der Sowjetwirtschaft zu steigern, anzugehen. Flankierende Maßnahmen sollten diese Politik unterstützen. Um die hohe finanzielle Belastung durch den militärisch-industriellen Komplex abzubauen und dafür vorgesehene Mittel in den Konsumgütersektor umzuschichten, setzte er auf eine Entspannungs- und Abrüstungspolitik gegenüber dem Westen, insbesondere mit den USA. Diese Politik ermutigte wiederum die sowjetischen Satellitenstaaten in Ostmittel- und Südosteuropa, sich von der Herrschaft der UdSSR zu lösen. Dass Gorbačëv der Wirtschaft Marktelemente verpasste, ohne den planwirtschaftlichen Rahmen aufzugeben, steigerte – anders als gedacht – ihre Effizienz nicht, sondern brachte das eingespielte System zunehmend durcheinander und endete in Chaos. Reaktionäre Parteikreise taten das Ihre, um Gorbačëvs Politik nach Kräften zu sabotieren. Um sie zu umgehen, suchte Gorbačëv daher seine Machtposition innerhalb der staatlichen Strukturen zu stärken und ließ sich im März 1990 in das neu geschaffene Amt eines Präsidenten der Sowjetunion wählen, welches ihm erhebliche Vollmachten einräumte. Dies nützte ihm aber wenig, weil die Reformkräfte innerhalb der RSFSR mit Boris El'cin an der Spitze darauf hinarbeiteten, die RSFSR als größte Unionsrepublik dem Zugriff Gorbačëvs zu entziehen und sich für souverän zu erklären. Diesem Beispiel folgten zunehmend auch andere Unionsrepubliken. Als im August 1991 reaktionäre Parteikreise einen vergeblichen Putschversuch gegen Gorbačëv starteten, war es Boris El'cin als erster durch das Volk frisch gewählter Präsident der RSFSR, der durch beherztes und konsequentes Auftreten gegen die KPdSU und gegen Gorbačëv diesen ausmanövrierte. Der Putsch beschleunigte die Absetzbewegung der Unionsrepubliken von der Sowjetunion und endete mit der Erklärung ihrer Unabhängigkeit. Am Ende des Jahres 1991 stand Staatspräsident und Parteichef Gorbačëv daher ohne Staat und auch ohne Partei da, denn El'cin hatte die KPdSU in der RSFSR verboten. Mit Gorbačëvs Rücktritt von allen Ämtern waren Sowjetunion und Sowjet-

system am Ende. Sein Versuch, das Sowjetsystem kontrolliert zu modernisieren, war gescheitert – einerseits an der eigenen zögerlichen Reformpolitik, die der Dynamik der Entwicklung und des wirtschaftlichen Verfalls hinterherhinkte, andererseits an dem unlösbaren Konflikt zwischen den Verfechtern des Alten, welche die bestehenden Strukturen bewahren wollten, und den Vertretern des Neuen, die sich nicht einig waren, wohin Russlands Reise nunmehr gehen sollte.

Auf das Jahr 1992 hin wurden in der Russländischen Föderation die Karten daher völlig neu gemischt. Erstmals seit der Machtergreifung der Bolševiki schien es möglich, Politik, Gesellschaft und Wirtschaft auf ein völlig neues Gleis zu schieben. Eine wirkliche Wende zeichnete sich ab. Als Galionsfigur dieses neuen Aufbruchs trat der populäre Boris El'cin auf.<sup>7</sup> Eigentlich ein typischer Parteifunktionär, der weder von Marktwirtschaft noch von dem Wesen einer Demokratie viel verstand, nutzte er seine Chance als gewählter Präsident der Russländischen Föderation, um seinen Erzfeind Michail Gorbacëv dadurch auszumanövrieren, dass er sich als radikalen Verfechter von Demokratie und Marktwirtschaft inszenierte. Wo Gorbacëv durch zu große Zögerlichkeit gescheitert war, setzte El'cin auf einen Umbruch mit der Brechstange. Dies entsprach 1992 anfänglich wohl auch den Erwartungen eines großen Teiles der Bevölkerung, die sich durch Übernahme des westlichen Staats- und Wirtschaftsmodells Anteil an den Segnungen des Kapitalismus versprach.

Was hatte Boris El'cin erreicht, als er 1999 von der politischen Bühne abtrat? Auf der institutionellen Ebene ist die Wende vollzogen worden. An die Stelle der Verfassung der UdSSR von 1977 (sinngemäß auch die der RSFSR), die der KPdSU die führende Rolle in Staat und Gesellschaft zugeschrieben hatte, trat eine neue Verfassung der Russländischen Föderation, die am 12. Dezember 1993 in einer Volksabstimmung von einer knappen Mehrheit gutgeheißen wurde. Sie proklamierte erstmals in der Geschichte Russlands Volkssouveränität, Gewaltenteilung, Rechtsstaatlichkeit, einen echten Föderalismus, Meinungsfreiheit und Parteienpluralismus, ferner die Unverletzlichkeit des Privateigentums und freien ökonomischen Wettbewerb. Ein Zweikammersystem aus einer direkt gewählten Staatsduma und einem Föderationsrat, der die 89 Regionen vertrat, bildete die parlamentarische Basis des Systems. Der Staatspräsident, vom Volk direkt gewählt, nahm innerhalb des neuen Systems eine zwar dominante, aber keine

7 Strukturanalyse des politischen Systems zur Zeit El'cins nach Wolfgang Merkels Mehrebenenmodell bei WIEDERKEHR, STEFAN: Russland – Das Legitimitätsdefizit des politischen Systems als Hindernis der ökonomischen Transformation, in: Carsten Goehrke/Seraina Gilly (Hg.): Transformation und historisches Erbe in den Staaten des europäischen Ostens, Bern 2000, S. 43–120.

entscheidende Stellung ein («semipräsidentielles System»). Dies führte dazu, dass in der praktischen Politik Parlament, Regierung und Präsident sich immer wieder gegenseitig blockierten. Dass das neue politische System eher schlecht als recht funktionierte, hing aber auch mit anderen Faktoren zusammen: Wegen des siebenjährigen Hiatus zwischen den Parteien der Zarenzeit und den 1990er Jahren waren die neuen Parteien schwach, in der Bevölkerung kaum verankert und stark personenzentriert. Ein Gleiches gilt für die Rolle von Verbänden und Gewerkschaften. Wegen des Mangels an reformgesinnten Persönlichkeiten konnten sich in Regierung, Parlament und Parteien viele Angehörige der ehemaligen kommunistischen Nomenklatura breitmachen. Dies alles verlieh dem neuen politischen System ein hohes Maß an Konflikthaftigkeit, Zerbrechlichkeit und Labilität. Doch was als wohl größte – im Kern bereits in Gorbačëvs Perestroika wurzelnde – Errungenschaft zunächst blieb, war die Medienfreiheit, die Vergleiche mit dem Westen nicht zu scheuen brauchte und ein wichtiges Vehikel bildete, um die Öffentlichkeit politisch zu sensibilisieren.

Die große Mehrheit der Bevölkerung maß die Ergebnisse der »Wende« jedoch nicht an den politischen Errungenschaften, sondern an den Resultaten für ihr eigenes Wohlergehen, und da sah die Bilanz schon in der Mitte des Jahres 1992 katastrophal aus. Mit einer Schocktherapie, die darauf setzte, dass eine weitgehende Freigabe der Preise durch das Einpendeln von Angebot und Nachfrage automatisch eine Marktwirtschaft generieren würde, sollte die russische Wirtschaft auf neue Grundlagen gestellt werden. Dabei hatte man aber nicht bedacht, dass diese größtenteils immer noch aus Staatsmonopolen bestand und daher gegenüber den neu gegründeten privaten Klein- und Mittelbetrieben über erhebliche Wettbewerbsvorteile verfügte. Zudem vermochten geschäftstüchtige Jungunternehmer durch Aufkauf von Volksaktien und Devisenspekulation zu »Oligarchen« aufzusteigen, die einen immer größeren Anteil am Wirtschaftskuchen Russlands an sich rafften, insbesondere im Öl- und Rohstoffsektor. Dass Boris El'cin seine knappe Wiederwahl im Jahre 1996 ganz wesentlich ihrer finanziellen Unterstützung verdankte, vergrößerte ihre politischen und wirtschaftlichen Spielräume. Da weder der Staat noch die verschiedenen, erbittert miteinander ringenden wirtschaftlichen Akteure in der Lage waren, eine geordnete Transformation des ökonomischen Systems sicherzustellen, baute sich ein Chaos auf, das den Übernamen »Raubtierkapitalismus« geboren hat. Die Rechnung zahlte das Volk. Zwar wurde die Schocktherapie bereits nach wenigen Monaten abgebrochen, doch nach der Hyperinflation von 1992 bis 1994 war es schließlich die finanzielle Bankrotterklärung des hoffnungslos überschuldeten Staates im August 1998, die gerade den neu entstehenden Mittelstand seiner bislang

erarbeiteten Wertschöpfung beraubte und die Masse des Volkes in Armut stürzte. Angesichts dessen mussten der übergroßen Mehrheit der Bevölkerung die plakativen Begriffe Marktwirtschaft und Demokratie wie Hohn erscheinen; diesen kam in Russland bis zum Ende der 1990er Jahre die breite Akzeptanz abhanden.

Als Boris El'cin am Ende des Jahres 1999 zurücktrat, hinterließ er einen innerlich weitgehend zerrütteten Staat, der sich sowohl auf der realen politischen als auch auf der ökonomischen Ebene als Zwitter aus überkommenen sowjetischen Strukturen und neuen demokratischen und marktwirtschaftlichen Elementen präsentierte. Wenn eine wirkliche »Wende« bei den Transformationsversuchen nicht gelang, obgleich anfänglich offenbar eine knappe Mehrheit der Bevölkerung dies wünschte, so hing dies zum Ersten damit zusammen, dass die russische Wirtschaft sich bereits seit Gorbačëv im Krisenmodus befand. Zum Zweiten war die ökonomische Schocktherapie ein in dieser Situation völlig falscher Ansatz. Zum Dritten schließlich fehlten El'cin nicht zuletzt auch wegen seiner gesundheitsbedingten häufigen Absenzen ein schlüssiges politisches Gesamtkonzept und die Fähigkeit zu dessen Durchsetzung.

Von Vladimir Putin, den El'cin selber zu seinem Nachfolger aufgebaut hatte, erwartete die Bevölkerung vor allem eines: geordnete Verhältnisse und Sicherheit. Als ehemaliger Geheimdienstoffizier vermochte Putin dies zu bieten. Jedoch zählte er nicht zu den reaktionären Kräften, die wieder zu den sowjetischen Verhältnissen zurückkehren wollten, sondern was ihm anfänglich offenbar vorschwebte, war ein starker Staat, der sich im Prinzip zwar auf die neu geschaffenen Strukturen stützen, aber autoritativer auftreten sollte. Im Laufe seiner mittlerweile bald zwanzigjährigen Tätigkeit an der Spitze der Russländischen Föderation – sei es als Staats-, sei es als Ministerpräsident – hat er dieses Ziel beharrlich verfolgt, ja mehr und mehr ausgeweitet, bis er schließlich Staat, Wirtschaft, Gesellschaft und Medien auf seine Person und die von ihm verfolgte Politik ausgerichtet hat. El'cins semipräsidentielle Demokratie hat er in eine gelenkte Präsidialdemokratie mit autoritären Zügen umgestaltet, die sich auf eine fast vollständige Beherrschung der Medien, eine staatshörige Justiz, teilmanipulierte Wahlen, die Bevorzugung einer Putin hörigen Staatspartei und die Besetzung aller wichtigen Positionen im Staatsapparat, in den Sicherheitsorganen und an den Schaltstellen der Wirtschaft mit loyalen Funktionsträgern stützt. Diese »Vertikale der Macht«, wie das System sich selbstbewusst benannt hat, garantiert die Kontrolle über alle relevanten Bereiche der Gesellschaft nicht weniger strikt als in sowjetischen Zeiten. Ein Großteil der Wirtschaft wurde in Gestalt staatsnaher Konzerne staatskapitalistisch umgepolt, die Oligarchen, die sich nicht in die Vertikale der Macht einfügen wollten, enteignet, zur Flucht ins



Ausland gezwungen oder vor Gericht gestellt. Private Klein- und Mittelbetriebe können sich zwar nach wie vor behaupten, haben aber kaum Chancen, ihr kreatives Potenzial voll auszuschöpfen; dies deshalb nicht, weil sie sich zwischen dem Hammer des korrupten Staatsapparates auf der einen und dem Amboss der privilegierten staatsnahen Großbetriebe auf der anderen Seite ganz auf das Überleben konzentrieren müssen.<sup>8</sup>

Putins »Vertikale der Macht« garantiert der neuen herrschenden Schicht zwar Sicherheit und Profit. Sie hat zugleich aber auch alle Bereiche der Gesellschaft mit einem Ausmaß an Korruption durchdrungen, welches das der Zaren- wie der Sowjetzeit weit übersteigt. Von den Ministern bis hinunter zum Verkehrspolizisten versucht jeder Funktionsträger den Spielraum seiner Macht auszunutzen, um sich persönlich zu bereichern.

In wirtschaftlicher Hinsicht fehlen dem Putin-Regime zukunftsträchtige Entwicklungskonzepte.<sup>9</sup> Bislang beschränkt es sich wie schon zur Zarenzeit und Sowjetzeit primär auf die Ausbeutung und den Export von Rohstoffen. Dies macht die Wirtschaft extrem abhängig vom Steigen und Fallen des Ölpreises auf den Rohstoffmärkten. Wie die privaten Klein- und Mittelbetriebe zeigen, wären gut ausgebildete und innovative Fachkräfte zwar vorhanden, um die Wirtschaft weiterzuentwickeln und auf internationale Konkurrenzfähigkeit zu trimmen, aber dies hätte staatlichen Kontrollverlust zur Folge, und davor schreckt die Staatsführung zurück. Dass die Wirtschaft in ihrer derzeitigen Performance immer weniger die finanziellen Bedürfnisse des Staates zu decken vermag, der seine anspruchsvollen internationalen Engagements, seine Aufrüstung und die immensen Rentenlasten schultern muss, zeigt sich am sinkenden Lebensstandard der Bevölkerung. Wie ernst die Lage ist, ist daran zu erkennen, dass das Regime kürzlich mit der (absolut notwendigen) drastischen Erhöhung des Rentenalters versucht hat, Ballast abzuwerfen, obgleich seine Popularität dadurch massiv gelitten hat.

Aber statt die Wirtschaftspolitik neu auszurichten, setzt das Regime auf die Selbstinszenierung Putins als des starken Mannes aus dem Volk, eines Man-

8 Schon gegen Ende der El'cin-Jahre ergab eine Umfrage, die Nicolas Oesinger unter russischen Klein- und Mittelunternehmern durchgeführt hat, dass diese als größtes Hindernis für ihre Entfaltung den Staat bezeichneten, siehe OESINGER, NICOLAS: Zwischen Stühlen und Bänken. Die Entstehung neuer, kleiner und mittlerer privater Unternehmen in der Russländischen Föderation, Lizentiatsarbeit Universität Zürich 2000.

9 Dazu und zu den derzeitigen Problemen der Wirtschaft Russlands vgl. MOVČAN, ANDREJ: Russlands Volkswirtschaft 2016. Fundamentaldaten einer fundamentalen Krise, in: Osteuropa 66 (2016) 5, S. 33–49, insbesondere S. 38 f.

nes »nicht anders als du und ich« und auf seine darin wurzelnde Popularität. Dazu hat beigetragen, dass Putin Russland als starke Großmacht wieder auf den Schauplatz der internationalen Politik zurückgeführt hat, nachdem es zur Zeit El'cins vom Westen abschätzig behandelt und gedemütigt worden war und sich als Opfer einer Einkreisungspolitik der Nato wahrnahm. Zur populistischen Strategie des Regimes gehören auch die Rückbesinnung auf Glanz und nationale Größe der Zarenzeit, ferner die wiedergewonnene staatstragende Rolle der orthodoxen Kirche, die aus ihren historischen Erfahrungen ebenso wenig gelernt hat wie das Regime selber. Die staatliche Strategie der Ablenkung von den wachsenden inneren Schwierigkeiten stützt sich aber auch auf den Aufbau eines öffentlichen Feindbildes, das den Westen generell und die USA insbesondere als moralisch verkommen und als militärische Bedrohung inszeniert. Dies alles aber ist ein Spiel auf Zeit, dessen Ausgang für das Regime sich im Ungewissen verliert.

Wie lässt sich dieses von Putin geschaffene System in die Geschichte Russlands einordnen? Zum einen hat sich an der Fixierung der russischen Gesellschaft auf den Staat, die sich seit der Formierung der Autokratie in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts beobachten lässt, nichts geändert. In diesem System ist der Staat respektive die herrschende Schicht das zentrale Agens in der Politik. Wer nicht zum Zirkel der Macht gehört, hat kaum Spielraum für politische Initiativen. Dies hat im Laufe der Geschichte dazu geführt, dass die Masse der Gesellschaft sich daran gewöhnt hat, nichts zu unternehmen, was nicht von oben angeordnet wird, aber umgekehrt auch, von oben alles zu erwarten. Dabei zeigt sich auch heute noch das auffällige Paradox, dass man auf der einen Seite all seine Hoffnungen und Erwartungen auf die Person an der Staatsspitze richtet – gleich ob Zar, Stalin, El'cin oder Putin –, dass man jedoch auf der anderen Seite dem von dieser Person repräsentierten Staat als solchem zutiefst misstraut.<sup>10</sup>

Diese Inkonsequenz wurzelt meiner Meinung nach in der historischen, wengleich subjektiven Erfahrung, dass alles Schlechte immer von oben kommt, aber auch in dem nach wie vor starken Bildungsgefälle zwischen Stadt und Land. Weil der wenig gebildeten Provinzbevölkerung das Minenfeld der Politik zu

10 Laut einer Umfrage des Moskauer Levada-Instituts vom Oktober 2011 setzte gut die Hälfte der Befragten ihr volles Vertrauen in Vladimir Putin, nur 9 Prozent sprachen ihm ihr volles Misstrauen aus. Demgegenüber genossen Parteien, Parlament, Gewerkschaften, Großunternehmen, Banken, Polizei, Justiz und lokale Behörden so gut wie keinen Kredit, siehe ГУДКОВ, ЛЕВ: Sozialkapital und Werteorientierung. Moderne, Prämoderne und Antimoderne in Russland, in: Auge auf! Aufbruch und Regression in Russland, Osteuropa 62 (2012) 6–8, S. 55–83, hier S. 65.